

In der Weltgesellschaft Politik machen

Micha Brumlik



Christoph Zöpel

Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft. Eine Orientierung in Worten und Zahlen

Berlin: vorwärts buch Verlag 2008
635 S., 29,95 Euro

Mit Christoph Zöpels ›Politik mit 9 Milliarden Menschen in Einer Weltgesellschaft‹ liegt nun das Werk eines Autors vor, der als langjähriger Parlamentarier und Minister sowohl dem sozialen System der Politik als auch dem System der Wissenschaft angehört. In dem mehr als 600 Seiten langen, gut lesbaren Buch stellt Zöpel eine ausufernde und verzweigte sozialwissenschaftliche Debatte überzeugend und vollständig dar, um dann allerdings bestreitbare politische Konsequenzen aus ihr zu ziehen.

In dem aus drei Teilen bestehenden Buch führt der Autor die Leserschaft zunächst kompetent, umfassend und jederzeit nachvollziehbar in ›Politisches Denken in der Weltgesellschaft‹ ein, in einen Denkansatz, der vor mehr als 20 Jahren der Bielefelder Soziologe Niklas Luhman begründet hat. Damit ist das Paradigma des so genannten methodologischen Nationalismus, wonach ›Gesellschaften‹ genau jene Gebilde sind, die territorial begrenzt, von ihren herrschenden Eliten mit einer bestimmten Identität bedacht und im Rahmen eines eigenen Rechtssystems regiert werden, überwunden. Stellt man indes mit Luhmann von räumlichen Metaphern auf die fundamentale Gegebenheit von Kommunikation ab, dann zeigt sich, dass es seit der Entdeckung der letzten schriftlosen Kulturen Papua-Neuguineas nur noch eine Menschheit und nur noch eine Gesellschaft gibt, wenngleich die Art und Weise, wie sich diese zwischen allen Menschen bestehenden Kommunikationen funktional ausdifferenziert und zu sozialen Systemen stabilisiert haben, denkbar unterschiedlich ist. Gleichwohl: Gesellschaft ist dann nicht mehr mit ›Nation‹ oder ›Staat‹ gleichzusetzen, weshalb sich aber umso drängender die Frage stellt, wie – und ob überhaupt – im Rahmen der Weltgesellschaft noch effektiv politisch gehandelt werden kann.

Dieser Frage geht Zöpel im zweiten Teil nach, der dem ›Politischen System der Weltgesellschaft zu Beginn des 21. Jahrhunderts‹ gewidmet ist. Dieser Teil überzeugt vor allem dadurch, dass darin die abstrakten Begriffe der Soziologie um handfeste empirische Daten aus Wohlfahrtsindizes, Bevölkerungsstatistiken und Gesundheitsübersichten ergänzt werden. Auf jeden Fall wird hier sinnfällig, dass die ›Weltgesellschaft‹ nicht nur ein soziologisches Konstrukt, sondern eine gut belegte empirische Realität ist.

Wie in diesem komplexen Rahmen politisch zu handeln ist, ist zunächst eine Frage der leitenden Grundsätze und der institutionellen Gegebenheiten. Dem gilt der dritte Teil des Buches, ›Politisches Han-

deln in der Weltgesellschaft‹. Hinsichtlich der Institutionen entfaltet der Autor eindringlich das dichte Geflecht bereits bestehender internationaler Rechtssysteme, an denen sich auch nationalstaatliche Akteure zu orientieren haben. Die Frage der leitenden Grundsätze wird von Zöpel einleuchtend mit zwei Postulaten beantwortet: Mit dem Postulat universaler menschlicher Sicherheit und dem Postulat gesellschaftlicher Nachhaltigkeit. Ein demokratisches Prinzip wird hier nicht eigens aufgestellt; vielmehr behauptet Zöpel in einer abgeschwächten Form des ansonsten von ihm heftig kritisierten außenpolitischen Realismus, dass demokratische Teilhabe und soziale Integration quasi sachlogische Konsequenzen aus gewährter Sicherheit und Nachhaltigkeit seien. Das ist allemal diskutierbar – das normative Ziel einer Weltdemokratie, das heißt eines globalen integrierten Systems, in dem alle Menschen gleiche Rechte und Pflichten haben, bleibt das Ziel – der Autor sieht es als eine konkrete Utopie an.

Die politischen Konsequenzen, die der politische Praktiker aus alledem zieht, haben es dann durchaus in sich: Nicht nur schlägt er vor, dass die Bundesrepublik auf einen möglichen Sitz im UN-Sicherheitsrat zugunsten eines Sitzes der Europäischen Union verzichtet und sich die Bundeswehr nicht mehr am NATO-Einsatz in Afghanistan beteiligt, sondern dass gar ein Teil der militärischen Fähigkeiten der Bundeswehr direkt dem UN-Generalsekretär unterstellt wird. Mag dies noch realistisch sein, so entsprechen doch andere Überlegungen, etwa dass Staaten wie Australien und Kanada in einer ›Welt-Raumordnung (...) Nachhaltigkeitsausgleichsräume‹ sein könnten, die eine Masseneinwanderung aus zu dicht besiedelten Räumen aufnehmen könnten, dem Prinzip eines weltgesellschaftlichen Denkens nicht; hier drängt sich der Eindruck auf, dass am Schreibtisch sinniert wird, ohne dass die politischen Gegebenheiten in anderen Ländern wirklich zur Kenntnis genommen werden.

Gleichwohl: mit diesem Buch liegt ein Werk vor, das eine politisch interessierte Öffentlichkeit und Politiker selbst auf die Höhe einer sozialwissenschaftlichen Debatte führt, die sie kennen sollten, wenn sie in Zukunft verantwortlich handeln wollen. Umgekehrt sollten Sozialwissenschaftler, Politologen und Globalhistoriker die Lektüre nicht scheuen, können sie doch an einem Buch wie diesem kontrollieren, welchen Weg ihre Überlegungen gehen, wenn sie aus dem System der Wissenschaft in das System der politischen Entscheidungsfindung eingebracht werden.